

Kuntze, Oscar-Erich

Article

Schweden: Exportrückschlag schwächt Konjunktur

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Kuntze, Oscar-Erich (2001) : Schweden: Exportrückschlag schwächt Konjunktur, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 54, Iss. 08, pp. 42-49

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/163625>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Kräftiger Wirtschaftsaufschwung 2000. Konjunkturelle Verlangsamung 2001. Erholung von Nachfrage und Produktion 2002. Restriktive Geldpolitik. Finanzpolitik expansiv aber weiter konsolidierungsorientiert. Beitritt zur Europäischen Währungsunion (EWU) auf absehbare Zeit nicht zu erwarten. Deutliche Lohnerhöhungen. Stetiger, aber moderater Preisanstieg. Fortgesetzte Besserung auf dem Arbeitsmarkt. Nach wie vor erhebliche Überschüsse der Leistungsbilanz. Summary in English.

Das soziale und politische Umfeld wird dominiert von der ersten schwedischen EU-Ratspräsidentschaft, dem politischen Balanceakt der Minderheitsregierung und den Vorbereitungen auf die Parlamentswahlen im Spätsommer 2002.

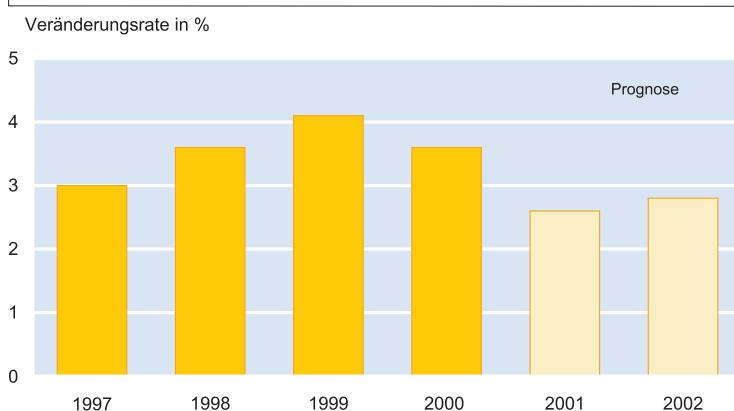
Im ersten Halbjahr 2001 hat Schweden erstmals seit dem Beitritt zur EU im Jahre 1995 die EU-Ratspräsidentschaft inne. Nachbar Finnland, der während der letzten Jahre erstaunlich an Statur gewonnen hat, setzte mit seiner Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 1999 einen hohen Maßstab für eine gelungene Amtsführung. Ministerpräsident Persson will schwerpunktmäßig die Umwelt- und Beschäftigungspolitik, vor allem aber die EU-Erweiterung voranbringen. Punkte also, die bei der Bevölkerung populär sind. Integrationspolitisch will diese überwiegend den europäischen Zusammenschluss nach wie vor als eine Art Freihandelszone bilateral verbundener Staaten mit möglichst wenig zentraler Macht verstanden wissen. Damit musste die Agenda beschränkt und andere brisante Themen ausgeblendet werden, um der EU-feindlichen, parlamentarisch die

Regierung stützende Vänster Partei und den ebenfalls für einen EU-Austritt kämpfenden Grünen keine Angriffsfläche zu bieten – jenen Parteien, die den Sozialdemokraten über Jahre hinweg Wählerstimmen abjagen. Hierin zeigt sich bereits der Auftakt zu den Parlamentswahlen im September 2002. Bis dahin will die Minderheitsregierung Persson nicht nur weiter amtierenden, sondern auch die schwere Niederlage wettmachen, die ihre Sozialdemokratische Partei bei den Wahlen 1998 erlitten hatte. Aus diesem Grunde deutet sie mit dem Staatshaushalt 2002 die Möglichkeit eines zumindest teilweisen Schritts zurück zum »Volkshem« an, dessen eindruckliche Erosion während der neunziger Jahre viele Schweden nicht verkräftet haben.

Die Einführung des Euro, der die Regierung grundsätzlich positiv gegenübersteht, muss unter diesen Umständen möglichst aus der Diskussion gehalten werden. Derzeit wird ein solcher Schritt von etwa der Hälfte der Wähler abgelehnt und nur von rund einem Drittel befürwortet. Das ablehnende Referendum in Dänemark im Herbst 2000 hat die Ablehnungsfront spürbar gestärkt und die diesbezügliche Spaltung innerhalb der Sozialdemokratischen Partei verfestigt. Das hierfür vorgesehene Referendum wird daher keinesfalls vor den nächsten Parlamentswahlen stattfinden. Regierungsmitglieder nannten 2006 als frühesten Termin.

Die Neutralitätspolitik wird auch in Schweden lebhaft diskutiert. Im kommenden Herbst will die Regierung eine neue Sicherheitsdoktrin vorlegen. Sie wird eine weitere Etappe auf der seit Anfang der neunziger Jahre zu beobachtenden Abkehr von der Neutralität bedeuten, die durch die Teilnahme an internationalen Militäreinsätzen, auch unter NATO-Befehl wie im Kosovo, aufgeweicht wurde. Folglich spricht man schon jetzt von Allianz-

Reales Bruttoinlandsprodukt



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

freiheit. Ein Beitritt zur NATO wird derzeit allerdings nicht ernsthaft erwogen.

Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2000

Die **weltwirtschaftlichen Rahmendaten** stellten sich wie folgt dar: In den **USA** stieg das reale Bruttoinlandsprodukt um 5%. In **Japan** erhöhten sich Nachfrage und Produktion um 1,7%. In **Mitteleuropa** expandierte die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um 3,8%. In **Westeuropa** nahm das reale Bruttoinlandsprodukt um 3,4% zu; in der EU und im Euro-Raum stieg es in fast gleichem Maße und in Deutschland um 3,1%. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** betrug in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt 28,3 US-Dollar pro Barrel; gegenüber 1999 entspricht das einer Erhöhung um 56,4%. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) verteuerten sich gegenüber 1999 auf Dollar-Basis um rund 7%. Der **Wechselkurs des Euro** betrug im Schnitt des Jahres 0,92 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** expandierte in einer Größenordnung von 13%.

In **Schweden** setzte sich die kräftige und im westeuropäischen Vergleich überdurchschnittliche gesamtwirtschaftliche Expansion bis zur Jahresmitte fort; anschließend verlangsamte sich der Aufschwung deutlich. Anregend wirkten zunächst vor allem der lebhafteste weltwirtschaftliche Aufschwung und die deutliche Aufwertung des US-Dollar gegenüber der Krone, auch waren die finanzpolitischen Zügel weit weniger straff angezogen als in den Jahren zuvor. Gegen Ende des Jahres wirkten die Erdölverteuerung sowie die weniger günstige Weltkonjunktur dämpfend. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** expandierte um 3,6%, also um 1/2 Prozentpunkt schwächer als 1999. Die Entwicklung war allerdings wieder gleichgewichtiger von Industrie und Dienstleistungssektor getragen; letzterer war 1999 – erstmals in der neueren schwedischen Wirtschaftsgeschichte – der Motor des Aufschwungs gewesen. Bei dem erneut über der Ausweitung des Produktionspotentials liegenden Wirtschaftswachstum kam es auf verschiedenen Gebieten zu Spannungen, so etwa auf dem Arbeitsmarkt und bei den Preisen im Großraum Stockholm und anderen Agglomerationen. Demgegenüber machte die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen weiter große Fortschritte mit einem gegenüber 1999 auf 4,1% des BIP mehr als verdoppelten Finanzierungsüberschuss der öffentlichen Haushalte. Das Aktivum der Leistungsbilanz hielt sich auf hohem Stand.

Wichtigster Treibsatz der Konjunktur war der **Export** von Gütern und Dienstleistungen. Er hat mit 9,8% annähernd doppelt so stark zugenommen wie 1999. Die Ausweitung war wiederum etwa zur Hälfte allein vom Telekommunikationssektor getragen. Allerdings blieb die Steigerung der Wa-

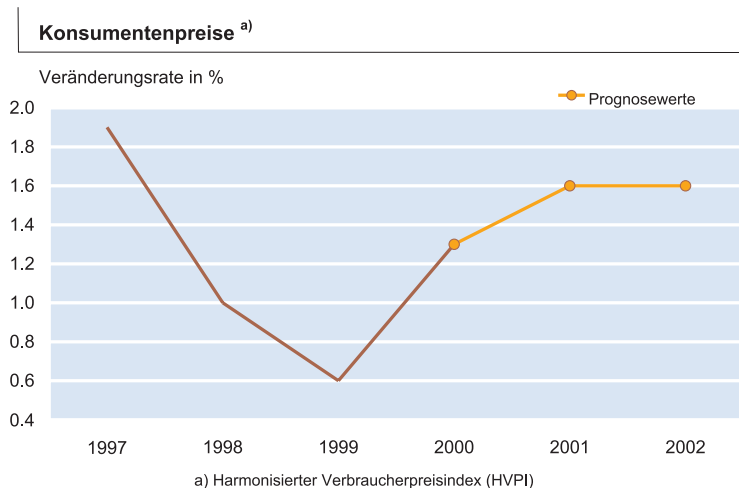
renausfuhr (ca. 10 1/2%) etwas hinter dem Wachstum des Welthandels zurück. Dies ist hauptsächlich mit der 4%igen Aufwertung der Krone gegenüber dem Euro und dem kräftigen Lohnanstieg (ca. 4%) zu erklären. Der **Import** erhöhte sich um 9,7%. Bei deutlich verschlechterten Terms of Trade ging der Überschuss der **Leistungsbilanz** in Relation zum BIP auf 2,5% zurück.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** (4,5%) expandierten zwar lebhaft, aber nicht so kräftig, wie es u.a. die Investitionspläne der Wirtschaft zunächst erwarten ließen. Doch nahmen die Unternehmensinvestitionen weit überdurchschnittlich zu, stimuliert durch die weiter steigende Auslastung der Kapazitäten (mit 87,4% lag sie um zwei Prozentpunkte über dem Schnitt der neunziger Jahre), günstige Finanzierungsmöglichkeiten sowie die vielfach gute Ertragslage auch als Folge der wiederum erheblichen Produktivitätsfortschritte in der verarbeitenden Industrie. Die Entwicklung der Bauinvestitionen wurde durch eine markante Abkühlung des vorangegangenen Booms im Wohnungsbau geprägt. Ursache war die durch umfassende Regulierungen und schwache Investitionsanreize gekennzeichnete Baupolitik sowie die langsame Erweiterung der im Laufe der neunziger Jahre stark geschrumpften Baukapazitäten.

Der **private Konsum** nahm um etwa 3% zu, wobei die Expansion im zweiten Halbjahr erheblich an Schwung einbüßte, wesentlich bedingt durch die kräftige Abkühlung der Nachfrage nach Personautos. Allerdings ist diese Rate um etwa 1% Prozentpunkt einmalig nach oben verzerrt (die Ausgaben der luth. Kirche werden seit Anfang 2000 dem privaten Konsum zugerechnet). Stimulierend wirkten die deutlich erhöhte Beschäftigung, spürbar gestiegene Reallöhne sowie kräftige Steuererleichterungen. Das Konsumklima hat sich bis ins Sommerhalbjahr hinein weiter merklich verbessert, und die Sparquote blieb mit ungefähr 2% im historischen und im westeuropäischen Vergleich sehr niedrig. Der **öffentliche Verbrauch** ist, infolge der Umbuchung der Verbrauchsausgaben der Kirche ebenfalls einmalig verzerrt, nur um 0,1% gestiegen.

Auf dem **Arbeitsmarkt** besserte sich die Lage weiter. Die Beschäftigung wurde um 2,2% ausgeweitet, während die Erwerbsbevölkerung um 1,2% stieg. Die Arbeitslosenquote ging 2000 im Mittel auf 5,9% zurück (1999: 7,2%). In vielen Bereichen nahm der Mangel vor allem an qualifizierten Kräften deutlich zu.

Die Preisentwicklung blieb trotz der kräftigen Lohnerhöhungen zunächst weiter schwach aufwärts gerichtet. Erst im späteren Verlauf des Jahres schlugen die Verteuerung der Importe im Allgemeinen und des Mineralöls im Besonderen auf die Verbraucherpreise durch. Im Jahresdurchschnitt sind die **Konsumentenpreise** um 1,3% und damit wesentlich schwächer als im Schnitt der EU (2,1% gestiegen).



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

Wirtschaftspolitik

Von der Wirtschaftspolitik dürfte die Konjunktur im laufenden Jahr, aber auch 2002 mit Blick auf die dann stattfindenden Reichstagswahlen weiter Anstöße erhalten. Das gilt in erster Linie für die Finanzpolitik, die auf eine weitere Reduzierung der Steuer- und Abgabenquote mittels Steuerentlastungen abzielt. Priorität hat weiterhin der Abbau der Arbeitslosigkeit und die Konsolidierung der Staatsfinanzen. Gleichzeitig beginnt man indes wieder mit einem Ausbau der Sozialleistungen, nachdem die neunziger Jahre von einer markanten Straffung des Wohlfahrtsstaats geprägt waren. Außerdem soll die Option für einen Beitritt zur Europäischen Währungsunion (EWU) offen gehalten werden.

Die **Finanzpolitik** hat nach dem konsolidierungspolitischen Kraftakt der Jahre 1994 bis 1998 die Zügel seit 1999 (»Ende der Bescheidenheit«) deutlich gelockert; gleichwohl war während der Jahre 1998/2000 die öffentliche Verschuldung um 340 Mrd. SEK auf 1 100 000 Mrd. ESK reduziert worden. Die Zeit der Einsparungen und Steuererhöhungen ist zumindest auf mittlere Sicht vorbei. Im Vorjahr wurden die Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen um etwa 16 Mrd. SEK entlastet. Politische Absichtserklärungen der Regierung sowie der sie parlamentarisch stützenden Parteien lassen darauf schließen, dass diese Linie auch 2002 weitergeführt wird. Der Etat 2001 basiert auf der – unrealistisch hohen – Annahme eines Wirtschaftswachstums von 3,4% und sieht einen Ausgabenanstieg um 2,2% vor. Allerdings bekommen, wie der Staatshaushalt 2001 zeigt, die staatlichen Transferzahlungen an die privaten Haushalte und die Kommunen allmählich wieder ein etwas größeres Gewicht, dem Wunsche der Bevölkerungsmehrheit folgend, die eine Festigung des Wohlfahrtsstaats favorisiert. Auch die Aufwendungen für Altenpflege, für Pensionäre, Schulen und für das angehobene Kindergeld werden erhöht. Entscheidend für die Stärkung der Nachfrage ist jedoch die weitere Reduktion der

Haushaltsbesteuerung. Diese wird sich im laufenden Jahr auf etwa 12 Mrd. SEK belaufen und vorwiegend den Beziehern niedriger Löhne und Gehälter zugute kommen; 2002 könnte sich der Betrag verdoppeln. Gleichzeitig wird indes die Besteuerung von Energie weiter erhöht. Allerdings gilt für die Finanzpolitik unverändert die gesetzliche Maßgabe, der gemäß über einen Konjunkturzyklus hinweg die öffentlichen Haushalte im Durchschnitt Überschüsse in Höhe von 2% des BIP p.a. erwirtschaften müssen. Das durch drastische Konsolidierungsmaßnahmen, günstige Konjunktur, niedrige Zinsen und hohe Privatisierungserlöse erreichte Konsolidierungsniveau ermöglicht auch auf absehbare Zeit trotz steuerlicher Entlastungen, schwächeren Wirtschaftswachstums und

steigender Sozialaufwendungen Haushaltsüberschüsse von 2% bis 3% des BIP sowie eine im Verhältnis zum BIP weiter sinkende Staatsverschuldung; im Jahre 2000 hatte sich diese auf 55,6% belaufen, nach einem bisherigen Höchststand von 77,9% im Jahre 1994. Mit Blick auf die auch in Schweden sehr ungünstige Entwicklung der Alterspyramide liegt der Regierung sehr daran, die Staatsverschuldung noch auf längere Sicht absolut zu verringern, um ein finanzielles Polster für die Zukunft zu bilden. Die Regierung ist für ihre nachfragestützende Finanzpolitik auch von internationalen Institutionen heftig gerügt worden. Im Lichte der laufenden internationalen und schwedischen Wirtschaftsentwicklung könnte sie sich jedoch als hilfreich erweisen, um den konjunkturellen Abschwung im Allgemeinen und die erheblichen Auswirkungen der Aktienbaisse auf den privaten Konsum etwas zu bremsen.

Die **Geldpolitik** wird nach wie vor determiniert durch das seit 1995 geltende und für die seit 1999 unabhängige Reichsbank fixierte Inflationsziel: Die Kernrate des Preisauftriebs (sie entspricht weitgehend dem Anstieg der Verbraucherpreise) soll im längerfristigen Durchschnitt innerhalb einer Bandbreite von 2% ± 1 Prozentpunkt p.a. gehalten werden. Diese Vorgabe wurde 1999 unterschritten und 2000 (1,3%) erfüllt. Auch heuer und 2002 dürften die Inflationsraten innerhalb dieses Bandes liegen – mit Blick auf die hohen Inflationsraten in den Jahrzehnten vor dem Beginn der neunziger Jahre ist das ein bemerkenswerter Strukturbruch. Er erklärt sich daraus, dass es der Reichsbank gelungen ist, für ihre Politik breite Unterstützung, einschließlich jene der Gewerkschaften, zu gewinnen. Das Vertrauen in ihre Stabilitätsorientierung sowie in ihre Fähigkeit, diese durchzusetzen, ist bei privaten Haushalten, Wirtschaft und Finanzmärkten groß. Mit Blick auf die verschiedentlich zu registrierenden konjunkturellen Überhitzungserscheinungen, die weit überhöhten Notierungen auf den Aktienmärkten, die im Herbst rascher gestiegenen Preise und

vor allem die im ersten Quartal anstehenden Lohnverhandlungen in verschiedenen Branchen hat die Reichsbank ihren Schlüsselzins – den Repo-Satz – im Dezember 2000 um 0,25 Prozentpunkte auf 4% erhöht; damit folgte sie weiter mit leichter Verzögerung der Zinspolitik der EZB. Die zwischenzeitig eingetretenen Kursverluste an den Aktienmärkten, die abrupte konjunkturelle Abkühlung der Konjunktur in den USA sowie, wenn auch weniger ausgeprägt, in der Weltwirtschaft und in Schweden sowie die Wahrscheinlichkeit einer Leitzinssenkung durch die EZB im Sommerhalbjahr machen weitere Zinserhöhungen durch die Reichsbank wenig wahrscheinlich, auch wenn der Lohnauftrieb etwas stärker ist, als von der Reichsbank für angemessen erachtet; im Frühjahr abgeschlossene Lohnverträge (mit Laufzeiten von durchgängig 38 Monaten und Arbeitszeitverkürzungen um 1,5%) für die Chemie-, Stahl- und Papierindustrie sehen jeweils Lohnerhöhungen von 7% vor, während für den Maschinenbau im Schnitt rund 5,8% vereinbart wurden. Sollte der Leitzins zunächst noch auf dem derzeitigen Niveau verharren, und erst nach der Jahresmitte gesenkt werden, so würde die Geldpolitik auf die Konjunktur immer noch nicht restriktiv wirken. Denn seit März 1999 (2,9%) ist dieser nur wenig angehoben worden und liegt mit 4% auch spürbar unter den 4,75% der EZB. Zinssenkungen im späteren Verlauf dieses Jahres würden die Konjunktur infolge der Wirkungsverzögerungen erst 2002 stimulieren. Sollte sich jedoch das Abwärtsfloaten der Krone gegenüber dem Euro fortsetzen und/oder die Lohnkosten infolge einer kräftiger als erwartet zunehmenden Wagedrift rascher als vorgesehen steigen, könnte es nicht nur zu keiner monetären Lockerung, sondern sogar zu einer Erhöhung des Leitzinses kommen.

Integrationspolitisch bedeutete das Nein der Dänen bei ihrem Euro-Referendum im September 2000 einen Rückschlag auch für die auf einen Beitritt zur EWU gerichteten

Ambitionen der Regierung. Vor den Reichstagswahlen 2002 wird es daher in Schweden keine Volksabstimmung in dieser Angelegenheit geben. Jüngsten Umfragen zufolge ist etwa die Hälfte der Bevölkerung gegen die Einführung des Euro, und nur gut ein Drittel spricht sich dafür aus. Damit verschiebt sich der Termin vermutlich hin zur Mitte des Jahrzehnts.

Energiepolitische Signalwirkung auch über die schwedischen Grenzen hinaus hatte der im September gefasste Beschluss, das Kernkraftwerk Barsebäck 2 bei Malmö nun frühestens 2003 abzuschalten. Ursprünglich sollte es im Juli 2001 vom Netz genommen werden. Ursache des Rückziehens war die Unmöglichkeit, den Ausfall an Kapazität wie geplant je zur Hälfte durch die Nutzung erneuerbarer Energien und Einsparungen auszugleichen. Etwa die Hälfte der Elektrizitätserzeugung basiert auf Atomkraft, deren billiger Strom einen wichtigen Standortvorteil vor allem für die Industrie bildet.

Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2001

Als weltwirtschaftliche Rahmendaten werden angenommen: In den **Vereinigten Staaten** erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um ungefähr 1 1/2%. Die gesamtwirtschaftliche Erzeugung expandiert in **Japan** um etwa 1/2%. In **Mitteleuropa** nehmen Nachfrage und Produktion um knapp 3 1/4% zu. In **Westeuropa** wird das reale Bruttoinlandsprodukt um ca. 2 1/2% ausgeweitet; für die EU und den Euro-Raum sind etwa gleiche Raten zu erwarten, während die Zunahme in Deutschland reichlich 2% beträgt. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** liegt in den westlichen Industrieländern im Schnitt des Jahres bei 25,5 US-Dollar pro Barrel. Die Preise für **Industrierohstoffe** (ohne Öl) sinken auf Dollar-Basis unter das Niveau des Jahres 2000. Der **Wechsel-**

Veränderungsraten des realen BIP und seiner Komponenten – in % –

	1999	2000	S ^{b)}	2001 ^{a)} EU ^{c)}	OECD ^{d)}	S ^{b)}	2002 ^{a)} EU ^{c)}	OECD ^{d)}
Bruttoinlandsprodukt	4,1	3,6	2,5	3,7	3,2	2,6	3,2	2,4
Inlandsnachfrage	3,3	3,1	2,8	3,6	4,1	2,6	3,1	3,2
Privater Verbrauch	3,8	3,0	3,0	3,5	4,8	2,9	3,1	3,0
Staatsverbrauch	1,7	0,1	1,2	0,8	1,3	1,2	0,8	1,8
Bruttoanlageinvestitionen	8,1	4,5	7,3	7,5	6,4	4,1	7,0	5,9
Exporte ^{e)}	5,9	9,8	5,9	8,0	6,8	6,2	7,3	5,1
Importe ^{e)}	4,3	9,7	7,2	5,0	9,0	6,6	4,5	7,0
Industrieproduktion	3,0	6,7	2,8	n.a.	5,5	3,3	n.a.	4,5
Konsumentenpreise	0,6	1,3	1,4	1,5	1,8	1,7	1,9	2,3
Arbeitslosenquote	7,2	5,9	4,1	5,7	4,1	3,9	5,4	3,7
Leistungsbilanz (Saldo) ^{f)}	3,5	2,5	1,7	2,9	1,6	1,2	3,3	1,1
Finanzierungssaldo des Staates ^{f)}	1,7	4,1	n.a.	3,6	3,3	n.a.	4,1	3,8

^{a)} Schätzungen. – ^{b)} Sveriges Industriförbund, Stockholm, vom Februar 2001. – ^{c)} Kommission der EU, Brüssel, vom Oktober 2000. – ^{d)} Organisation for Economic Cooperation and Development, Paris, vom Januar 2001. – ^{e)} Güter und Dienstleistungen. – ^{f)} EU-harmonisierte Raten. – ^{g)} In Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

kurs des Euro bewegt sich im Laufe des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 0,90 bis 1 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** steigt in einer Größenordnung von 7,5%.

In **Schweden** verlangsamt sich der konjunkturelle Aufschwung trotz insgesamt leicht stützender Wirtschaftspolitik zunächst weiter. Hierauf lassen auch die Ergebnisse von Unternehmensbefragungen schließen. Das erheblich weniger günstige weltwirtschaftliche Umfeld dämpft in erster Linie den Ausfuhranstieg (trotz des immer noch günstigen Wechselkurses) und in Reaktion hierauf auch die Ausweitung der Unternehmensinvestitionen. Zudem wird die Baisse an den Aktienmärkten retardierend auf den privaten Verbrauch wirken. Gleichwohl verstärkt sich die Rolle der Inlandsnachfrage als konjunkturstützendes Element. Da zu Beginn des Jahres ein erheblicher Überhang besteht, dürfte das **reale Bruttoinlandsprodukt** mit ungefähr 2¹/₂% immer noch spürbar expandieren. Eine derartige Entwicklung wäre als gebotene Normalisierung der Konjunkturentwicklung zu werten, da diese dann erstmals seit 1997 wieder annähernd parallel zur Ausweitung des Produktionspotentials verlaufen würde. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt dürfte sich nur noch wenig verbessern. Der Preisauftrieb wird infolge des Lohnkostenschubs etwa gleich bleiben. Die Leistungsbilanz dürfte im Verhältnis zum BIP mit einem gegenüber 2000 erheblich niedrigeren Überschuss abschließen.

Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen (ca. + 5³/₄%) nimmt im Verlauf nur noch mäßig zu. Ursache hierfür ist das verhaltenere Wirtschaftswachstum bei den wichtigsten Handelspartnern im Allgemeinen und in Nordamerika im Besonderen (dorthin gingen im Jahre 2000 annähernd 12% des Warenexports). Erschwerend kommt die sehr kräftige Abschwächung des Nachfragebooms bei Produkten der IT-Branche hinzu, deren Auslandslieferungen das Exportwachstum in den letzten Jahren besonders stark mitgetragen haben. Der gesunkene Wechselkurs der Krone begünstigt zwar die Ausfuhr, aber der über dem westeuropäischen Durchschnitt liegende Lohnauftrieb gleicht dies teilweise aus. Der **Import** expandiert ebenfalls langsamer, aber die Abschwächung wird etwas geringer sein als beim Export. Bei kaum noch verschlechterten Terms of Trade dürfte der Überschuss der **Leistungsbilanz** auf eine Größenordnung von 2¹/₄% zurückgehen.

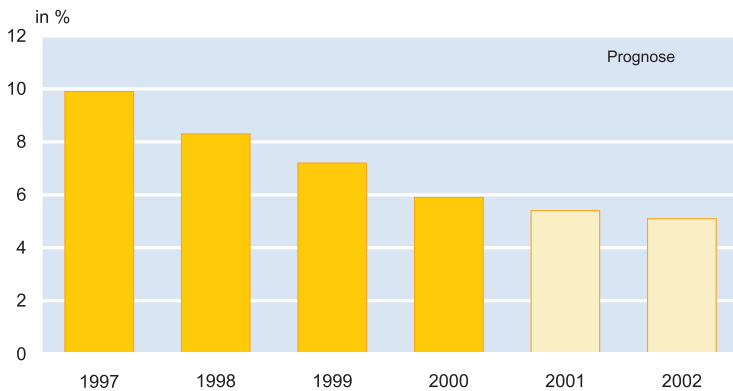
Der **private Konsum** (ca. + 2¹/₂%) verliert im Verlauf an Schwung. Hierauf lässt auch das, auf der Basis von Verbraucherbefragungen erhobene Konsumklima schließen. Zwar steigen die realen verfügbaren Einkommen um fast 4¹/₂%, auch weil die Steuerbelastung vor allem für die unteren und mittleren Einkommenskategorien (mit ihrer relativ hohen marginalen Konsumquote) weiter gesenkt worden ist. Aber die Situation auf dem Arbeitsmarkt bessert sich im Verlauf kaum noch nennenswert, und die Baisse auf den Aktienmärkten bedeutet einen spürbaren Dämpfer für die Ver-

brauchsneigung. Im westeuropäischen Vergleich haben sich die Schweden weit überdurchschnittlich direkt oder indirekt bei Aktien engagiert, deren Anteil am Privatvermögen – gemessen am Kursniveau des Vorjahres – hoch ist; das Aktien- und Fondssparen hat im Laufe der neunziger Jahre sehr stark an Beliebtheit gewonnen. Die im Vergleich mit dem Durchschnitt der neunziger Jahre zuletzt sehr niedrige Sparquote (ca. 2%) dürfte sich infolge der erheblichen Vermögensverluste kräftig erhöhen. Außerdem ist der in den neunziger Jahren entstandene Nachholbedarf bei dauerhaften Gütern gedeckt. Und der Wohnungsbau dürfte kaum wesentlich an Tempo gewinnen. Der **öffentliche Verbrauch** nimmt um rund 1¹/₄% zu.

Die deutlich schwächer aufwärts gerichtete Exportentwicklung sowie der weniger dynamisch wachsende private Konsum werden nicht ohne retardierende Auswirkungen auf die Zunahme der **Bruttoanlageinvestitionen** (ca. + 6%) bleiben. Die Erfahrung lehrt, dass die Unternehmen sehr flexibel auf Veränderungen konjunktureller Rahmenbedingungen reagieren. Hierüber darf auch die bis Ende 2000 auf einen, den Durchschnitt der neunziger Jahre um drei Prozentpunkte übersteigenden Stand gestiegene Auslastung der Kapazitäten in der verarbeitenden Industrie nicht hinwegtäuschen. So hat sich das Geschäftsklima bereits um die Jahreswende 2000/2001 erheblich verschlechtert. Allerdings bestand zu Beginn dieses Jahres ein sehr hoher Überhang. Eine Ausnahme von der im Allgemeinen weniger lebhaften Investitionskonjunktur bildet der Mobilfunksektor; doch dürften auch hier die Aufwendungen für den Ausbau des UMTS-Netzes nicht so ausgeprägt zunehmen, wie vielfach erwartet. Mit der weniger dynamischen Expansion der Unternehmensinvestitionen verliert auch der gewerblich-industrielle Bau an Schwung. Der Wohnungsbau dürfte etwas schwächer als im Vorjahr expandieren, obwohl die Finanzierungskosten günstig bleiben. Die mit der Aktienbaisse entstandene Verringerung der Vermögenswerte dürfte die Neigung zum Engagement im Wohnungsbau dämpfen. Der öffentliche Bau wird hingegen, schon mit Blick auf die Reichstagswahlen 2002, merklich ausgeweitet.

Auf dem **Arbeitsmarkt** macht sich eine zurückhaltende Einstellungspraxis vor allem in den stark exportabhängigen Bereichen bemerkbar, obwohl die Arbeitszeit etwas verkürzt wird. Im Dienstleistungssektor wird die Beschäftigung zwar neuerlich ausgeweitet, aber nicht mehr so schnell wie bisher. Nun, da (nach schwedischer Berechnung) die Arbeitslosenquote auf die von der Regierung angestrebten 4% sinkt, werden auch die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (etwa 2,5% der Erwerbsbevölkerung wurden im Jahre 2000 hiervon erfasst) nicht mehr so energisch betrieben, mit Ausnahme der erheblichen Anstrengungen zur Qualifizierung von Arbeitskräften. Mit einem Rückgang der Arbeitslosenquote (gemäß EUROSTAT-Definition) auf etwa 5¹/₂% im Jahresdurchschnitt bessert sich die Lage auf dem

Arbeitslosenquote



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

Arbeitsmarkt im Verlauf nicht mehr nennenswert. Doch wird sie wiederum erheblich besser sein als im westeuropäischen Durchschnitt.

Der Preisauftrieb verlangsamt sich kaum. Auch hier dauert es länger als ursprünglich angenommen, bis der erdöl- und wechselkursbedingte Preisschub voll auf die Verbraucherpreise durchwirkt; gleichwohl beruhigt sich auch hier bereits seit einiger Zeit der Anstieg der Erzeugerpreise. Außerdem können die Unternehmen vor allem in der verarbeitenden Industrie bei schwächerem Wirtschaftswachstum die beträchtlichen Lohnsteigerungen nicht mehr so leicht mit Produktivitätsfortschritten auffangen. Die **Konsumentenpreise** dürften im Jahresdurchschnitt um reichlich 1 1/2% steigen.

Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2002

Als **weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen** werden unterstellt: In den **USA** steigt das reale Bruttoinlandsprodukt um ca. 2 1/2%. Nachfrage und Produktion nehmen in **Japan** um annähernd 1 1/2% zu. In **Mitteleuropa** expandiert die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um rund 3 3/4%. In **Westeuropa**, in der EU und im Euro-Raum erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um etwa 2 1/2%; in Deutschland dürfte die Rate knapp 2 1/4% betragen. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** beträgt in den westlichen Industrieländern im Schnitt des Jahres etwa 25,5 US-Dollar pro Barrel. Die Preise für **Industrierohstoffe** (ohne Öl) entsprechen etwa dem Niveau von 2001. Der **Wechselkurs des Euro** liegt im Jahresdurchschnitt innerhalb einer Bandbreite von 0,95 bis 1,05 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** expandiert in einer Größenordnung von 7 1/2%.

In **Schweden** ist im Jahresverlauf mit einer spürbaren Erholung der Konjunktur zu rechnen. Stützend wirkt nicht

nur die Geld- und Finanzpolitik (Parlamentswahlen im Herbst!), sondern auch die günstigere Entwicklung der Auslandsnachfrage. Die Lieferungen in jene Regionen dürften besonders schnell zunehmen, deren flauere Nachfrage 2001 eine wesentliche Ursache des schwachen Exportwachstums gewesen waren. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** dürfte um reichlich 2 3/4% ausgeweitet werden. Diese Rate entspricht etwa dem Wachstum des Produktionspotentials, so dass noch keine nennenswerten gesamtwirtschaftlichen Spannungen auftreten werden. Im Zuge des neuerlichen Aufschwungs dürfte die nach der Fertigstellung der Öresundbrücke Mitte 2000 entstehende dänisch-schwedische Öresundregion überdurchschnittlich wachsen;

die Agglomeration Malmö kann damit gegenüber den Wirtschaftszentren Stockholm, Göteborg und Uppsala aufholen, was unter regionalpolitischen Aspekten schon lange angestrebt wird. Die Konsumentenpreise erhöhen sich etwa im Ausmaß von 2001. Die Arbeitslosenquote geht weiter zurück, der Saldo der Leistungsbilanz bleibt im Plus. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte wird fortgesetzt.

Wichtigste Triebfeder des Wirtschaftswachstums dürfte die **Ausfuhr** (etwa + 5 3/4%) von Gütern und Dienstleistungen werden. Dabei steht hinter der gegenüber 2001 verringerten Zuwachsrates eine deutliche Aufwärtsentwicklung im Verlauf. Es sind vorzüglich zwei Komponenten, die den Aufschwung begünstigen. Erstens wird als Vorläufer der Weltkonjunktur die wirtschaftliche Entwicklung in Nordamerika sowie in den asiatischen Schwellenländern wieder deutlich anziehen. Dort konnten sich schwedische Exporteure in zahlreichen Bereichen gut positionieren. Zweitens ist nach dem heuer erheblich abgeschwächten Wachstum der Nachfrage nach IT-Produkten im Zuge des weltweiten konjunkturellen Aufwinds und der zunehmenden Akzeptanz neuer technischer Standards mit einer kräftigen Tendenzwende auf diesem Gebiet zu rechnen. Es könnte wie im Jahre 2000 erneut zum wichtigsten Zugpferd des Exports werden. Auch der Absatz in West- und Mitteleuropa gewinnt im Zuge der konjunkturellen Verbesserung allmählich stärker an Schwung. Trotz kräftiger Produktivitätsgewinne in der verarbeitenden Industrie gehen weitere Weltmarktanteile verloren, weil vor allem die Löhne weiterhin schneller als im Durchschnitt der westlichen Industrieländer steigen. Auch sinken die Wechselkurse von US-Dollar und Pfund Sterling erneut; die positive Kehrseite hiervon ist die Verbilligung der Einfuhr. Der **Import** nimmt wieder etwas rascher zu als der Export. Bei verbesserten Terms of Trade dürfte das Aktivum der **Leistungsbilanz** bei einer Größenordnung von 1 3/4% des BIP liegen.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** sind normalerweise ein typischer Nachläufer der Konjunktur. Hier reagieren jedoch die Unternehmensinvestitionen in der Anfangsphase eines Aufschwungs schneller als in anderen Ländern, besonders wenn die Ausfuhr wieder deutlich anzieht. Das ist auch für 2002 zu erwarten. Dann steigt die Auslastung der Kapazitäten wieder, die Absatz- und Ertragsaussichten verbessern sich, und von der Geldpolitik kommen Impulse. Auch bleibt der Rationalisierungsdruck bei anhaltend lebhaftem Auftrieb der Lohnkosten beträchtlich. Die Ausrüstungsinvestitionen werden daher überdurchschnittlich expandieren. Dies, aber auch die schneller zunehmende Nachfrage nach modernem Büroraum verleiht dem gewerblich-industriellen Bau Schwung. Gesunkene Zinsen und konjunkturbedingt beschleunigte Nachfrage lassen auch dem Wohnungsbau allmählich wieder rascher steigen. Insgesamt dürften die Bruttoanlageinvestitionen beschleunigt ausgeweitet werden und um etwa 5 1/2% über dem Niveau von 2001 liegen.

Der **private Konsum** gewinnt im Verlauf nur allmählich wieder an Tempo, so dass die Zuwachsrate wiederum bei 2 1/2% liegen dürfte. Anregungen kommen von weiteren Steuererleichterungen und den in wenig veränderten Ausmaß steigenden Reallöhnen. Andererseits nimmt die Beschäftigung weiter verlangsamt zu. Auch bleiben die stimulierenden Auswirkungen der gesunkenen Zinsen angesichts der gegenüber 2001 zumindest konstanten Sparquote begrenzt. Der Absatz von Wohnungseinrichtungen wird lebhafter expandieren, und es werden wieder mehr Personenautos gekauft. Der **öffentliche Verbrauch** dürfte um etwa 1 1/2% ausgeweitet werden.

Auf dem **Arbeitsmarkt** bessert sich die Lage im Verlauf weiter. Die Arbeitslosenquote (gemäß EUROSTAT-Definition) sinkt auf etwa 5% im Jahresdurchschnitt. Die Beschäftigung nimmt mit weiter verlangsamt steigender Erwerbsbevölkerung deutlich weniger lebhaft zu als in den Vorjahren. Gleichzeitig erhöht sich jedoch der Bedarf an qualifizierten Kräften wieder schneller.

Der Preisauftrieb setzt sich in der Grundtendenz in wenig verändertem, moderatem Tempo fort. Während seitens der Außenwirtschaft leicht dämpfende Effekte zu erwarten sind, ist im Zuge der konjunkturellen Erholung eine Verstärkung der intern bedingten Preissteigerungen, wesentlich bedingt durch deutlich steigende Lohnkosten, wahrscheinlich. Im Schnitt des Jahres dürften die **Konsumentenpreise** wieder um reichlich 1 1/2% über dem Niveau des Vorjahres liegen, zumal in einem Wahljahr nicht mit zusätzlichen Anhebungen von administrierten Preisen und indirekten Steuern gerechnet werden muss.

Summary

*After a buoyant upswing during the first semester 2000, economic growth lost momentum considerably due to the less favourable world economic situation and the dampening impact of higher oil prices. **Real GDP** grew by 3.6% in 2000 with exports as the by far most important driving force, while gross fixed capital formation showed a growth rate only nearly as high as in 1999. Since GDP growth was once more clearly above potential growth, tensions continued mainly in the labour market. Though fiscal policy was eased, the consolidation of public finance made further headway with general government financial balances showing a surplus of 4.1% of GDP. Price increase accelerated in the course of the year bringing the inflation rate (HCP) to 1.3% on average. The unemployment rate declined by 1,3 percentage points to 5,9% on average. The current balance surplus dropped to 2.5% of GDP, mostly due to deteriorating terms of trade.*

Economic policy is likely to stimulate the economy somewhat this year and 2002. Concerning fiscal policy the long period of »modesty« came to an end last year. Though still basically consolidation oriented and showing again considerable surpluses of general government financial balances, it will be expansionary in both years. Monetary policy can be expected to stay the present almost neutral course well into the second half of the year in order to prevent a spill-over of wage increases and the import price hikes of the recent past to consumer prices. Following a relaxation of the monetary policy of the European Central Bank (ECB) the Swedish central bank can be expected to lower its key rate too – given the upward pressure on prices remains moderate. In case of an accelerating inflation and/or a continuing downward floating of the Swedish krona monetary policy is likely to be tightened. The question of joining the European Monetary Union (EMU) has been postponed at least until the Swedish general elections in September 2002 due to the »no« of the Danish referendum in this respect in Autumn 2000.

*In 2001 the upswing will lose momentum further to a great extent due to a considerably less buoyant development of exports. This in turn will affect gross fixed capital formation in the course of the year. The development of the consumer climate and other indicators suggests that the expansion of private consumption will lose momentum too. **Real GDP** can be expected to grow by about 2 1/2%. The unemployment rate is likely to drop to 5 1/2% on average. Consumer prices might rise by roughly 1 1/2% as against 2000. The surplus of the current account balance will drop further but will remain significant.*

***Real GDP in 2002** is likely to grow by slightly more than 2 3/4% which means an acceleration in the course of the year*

mainly driven by exports and investment in plant and equipment. Private and public consumption can be expected to keep to the pace of the current year. Since economic growth is once again broadly in line with potential growth, significant tensions are not very likely. Consequently the inflation rate (HCPI) can be forecast to be about 1½% on average. The labour market situation will improve further, bringing the unemployment rate to ca. 5% (EUROSTAT definition) on average. The current balance will show a surplus again.

Abgeschlossen am 2. April 2001